

SLOWAKEI

Hubert Gehring | Christoph Thanei

UMWELTSCHUTZ GENERELL KEIN WICHTIGES THEMA FÜR DIE SLOWAKISCHE ÖFFENTLICHKEIT

In der Slowakei ist der globale Klimawandel kein Thema, das von Politik, Medien und Öffentlichkeit intensiv wahrgenommen wird. Grundsätzlich genießen auch so gut wie alle anderen Umweltthemen nur minimale Aufmerksamkeit. Nicht zufällig hat es in der Slowakei bisher keine Grünen-Partei geschafft, sich soweit zu etablieren, dass sie in Meinungsumfragen auch nur annähernd an die Fünf-Prozent-Hürde für den Einzug in das Parlament herankommen könnte. Auch Bürgerinitiativen und NGOs mit ökologischen Zielsetzungen erreichen zumeist nur lokale Bedeutung (meist zur Bekämpfung von konkreten Bauvorhaben wie z.B. Mülldeponien) oder sie können so wie Greenpeace als in der Slowakei mit Abstand bekannteste Umweltschutzorganisation ihre Anliegen und Aktivitäten nur mit intensiver – auch personeller – Unterstützung aus dem Ausland (insbesondere Tschechien und Österreich) überhaupt einer breiteren Öffentlichkeit sichtbar machen.

Noch viel geringer als für kommunale, regionale oder zumindest inländische Umweltthemen ist das Interesse für globale Umweltthemen. Hier dürfte wohl auch die in der slowakischen Bevölkerung tief verwurzelte Einstellung, dass „kleine Länder wie die Slowakei sowieso keinen Einfluss“ hätten, eine zusätzliche Rolle spielen, die der eigenen Passivität eine als rational empfundene Begründung gibt.

Zumindest ansatzweise haben aber einzelne Medien wie die liberale Tageszeitung *Sme* in den vergangenen Jahren begonnen, Umweltthemen allmählich größeren Raum zu geben. Meist geht es dabei um lokale Konflikte und Bürgerinitiativen, doch davon ausgehend scheint auch ein größeres Interesse für globalere Zusammenhänge zu entstehen. Über große internationale Konferenzen wie Weltklimagipfel wurde zuletzt (gemessen an den Jahren bis kurz nach der Jahrtausendwende) bereits relativ ausführlich berichtet.

Doch auch die Europäische Kommission hat in den vergangenen Jahren mehrfach – zuletzt wieder im Februar 2011 – Kritik am mangelnden Engagement der slowakischen Exekutive und Legislative in Umweltfragen geübt. Wegen mehrerer Probleme, etwa unsachgemäßer Abfallentsorgung oder mangelnder Bürgerbeteiligung an Umweltverträglichkeitsprüfungen, wurden auch Verfahren gegen die Slowakische

Republik vor dem Europäischen Gerichtshof sowie seitens der EU-Kommission selbst eingeleitet.

Unmittelbar auf das Thema Klimawandel lenkte zuletzt wieder Greenpeace die öffentliche Aufmerksamkeit. Medienwirksamer Anlass war das am 15. Februar in Bratislava abgehaltene Jubiläumstreffen der vor 20 Jahren gegründeten Visegrad-Gruppe (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei). Vor Beginn der Begrüßungszeremonie protestierten Aktivisten der Umweltschutzorganisation in den Masken der vier Premiers dagegen, dass nicht nur die Slowakei, sondern alle vier Visegrad-Staaten bei der Reduktion von umweltschädlichen Emissionen wenig Engagement zeigten. Alle vier Länder hätten in den vergangenen Jahren ihre Energieversorgung vor allem auf konventionelle statt Erneuerbare Energiequellen konzentriert. Nun sei es Zeit zum Umdenken, forderten die Aktivisten auf Transparenten.

POLITIK HAT „ANDERE SORGEN“

Kaum Impulse in Richtung Klimaschutz gab es bisher von Seiten der offiziellen Politik. Generell besteht der Eindruck, dass die slowakische Politik seit jeher „andere Sorgen“ als Umweltfragen im Vordergrund sah: Die Etablierung eines demokratischen Staates schien nach der Wende noch mindestens bis zur Parlamentswahl 1998 (Wahlsieg der bürgerlichen Opposition gegen die autokratischen Tendenzen der populistisch-nationalistischen Koalition des Staatsgründers Vladimír Mečiar) nicht völlig gesichert. Die Arbeitslosigkeit ist bis heute eine der höchsten Europas. Und etwa seit der Jahrtausendwende konzentriert sich die slowakische Politik vor allem auf den tatsächlich atemberaubenden wirtschaftlichen Aufholprozess der Slowakei gegenüber anderen Ländern der EU. Umweltfragen bilden dabei (noch) keine Priorität.

Im Regierungsprogramm der linksnationalistischen Koalitionsregierung unter dem sozialdemokratischen Premier Robert Fico (2006 bis 2010) kam das Thema Klima und Klimawandel gerade einmal mit einem einzigen Satz vor: „In Koordination mit den anderen EU-Ländern wird sich (die Regierung) an der Lösung der globalen Probleme Luftqualität, Schutz der Ozonschicht der Erde sowie Klimaveränderungen beteiligen und zugleich die Reduktion des Energieverbrauchs von Gebäuden und Einrichtungen sowie die Kontrolle der Technologien im Rahmen der Anwendung des Kyoto-Protokolls über die Reduktion von Treibhausgasen unterstützen.“ Dem Umweltschutz insgesamt wurden von den rund 60 Seiten des damaligen Regierungs-

programms gerade einmal knappe drei Seiten gewidmet, wobei allgemeine Lippenbekenntnisse überwogen und kaum konkrete Vorhaben genannt wurden.

Das offizielle Regierungsprogramm der seit Sommer 2010 regierenden Koalition aus vier Mitte-Rechts-Parteien (von denen drei dem christdemokratischen Lager zuzurechnen sind) widmet dem Thema Umwelt und Umweltschutz sogar noch weniger Raum als jenes der Vorgängerregierung (nämlich nur eine Seite von 54). Und das Thema Klimawandel kommt im Umwelt-Kapitel gar nicht vor. Dafür wird aber der Klimawandel im Kapitel Außenpolitik bereits als erste von mehreren „globalen Herausforderungen“ (Titel der entsprechenden Zwischenüberschrift) aufgelistet, denen sich die Slowakei und die Welt stellen müssten. Sehr konkret wird aber auch diese Formulierung nicht: „Angesichts der schnellen Dynamik der Veränderungen im Sicherheitsumfeld wird die Regierung der Slowakischen Republik den globalen Herausforderungen, die direkte Auswirkungen auf die Slowakei haben können (Klimawandel, Armut, Trinkwasserversorgung, Migration, scheiternde Staaten, Cyber-Angriffe), erhöhte Aufmerksamkeit widmen. In diesen Fragen wird sie (die Regierung) sich aktiv in die politische Gestaltung von EU und NATO einbringen, damit deren Positionen auf der globalen Szene auch die langfristigen Interessen der Slowakei und ihrer Bürger widerspiegeln. Sie (wieder die Regierung) formuliert das durchschaubare und ausgewogene Interesse der Slowakei in der Frage des Klimawandels.“

POLITISCHER SKANDAL UM EMISSIONENHANDEL

In der Praxis ist aber von der „Klimapolitik“ der abgewählten linksnationalistischen Fico-Regierung nichts so intensiv öffentlich wahrgenommen worden wie ein jahrelang die Innenpolitik beherrschender Megaskandal um mutmaßlichen Betrug enormen Ausmaßes beim Handel mit Emissionszertifikaten zum Schaden des Staates. Bis zu 50 Millionen Euro könnte der Staat laut Medien-Enthüllungen dadurch verloren haben, dass Emissionsrechte weit unter dem internationalen Marktwert an eine dubiose Firma verhökert wurden, über die sich vermutlich Günstlinge der mitregierenden Slowakischen Nationalpartei SNS bereichert haben dürften. Der Skandal und eine Reihe anderer Ungeheimheiten gipfelten schließlich sogar in der Auflösung des Umweltministeriums im Jahr 2010 durch den sozialdemokratischen Premier Fico. Die SNS hatte das Ministerium nämlich in den Jahren 2006 bis 2010 offensichtlich nicht so sehr zur Umweltpolitik, sondern vielmehr als willkommene Geldbeschaffungseinrichtung für sich selbst genutzt. Damit ist symbolhaft die gesamte slowakische Umweltpolitik der Korruption und dem Betrug zum Opfer gefallen.

In ihrer Signalwirkung nicht zu unterschätzen ist daher trotz der kärglichen Erwähnung von Umweltthemen im Programm der 2010 angetretenen neuen bürgerlichen Regierung, dass sie schon in der Koalitionsvereinbarung (in der Umweltthemen sonst nicht vorkamen) die unverzügliche Wiederherstellung eines eigenständigen Umweltministeriums (und zugleich die Erstellung transparenterer Regeln für die Vergabe von und den Handel mit Emissionszertifikaten) ankündigte. Dieser Schritt ist inzwischen auch tatsächlich erfolgt, allerdings braucht das wieder neu eingerichtete Ministerium offensichtlich noch etwas Zeit, die vorübergehende organisatorische Unterbrechung seiner Tätigkeit wieder auszugleichen. Zwar bereitet das neue Umweltministerium derzeit gerade ein umfassendes Naturschutzgesetz vor, darin soll es aber vor allem um Themen wie Trinkwasserversorgung und die Neuordnung der Naturschutzgebiete gehen.

Beim Thema Emissionen und Klimaschutz scheint in der Slowakei auch noch als Ruhekitz zu wirken, dass das Land (so wie auch andere neue EU-Mitglieder im Unterschied zu den meisten alten EU-Ländern) laut gemeinsamen Vorgaben seinen Ausstoß an CO₂ anders als die meisten alten EU-Länder derzeit noch nicht reduzieren muss, sondern bis 2020 gegenüber dem Maßstab des Jahres 1990 um 13 Prozent steigern darf. Das sei vor allem dank der Anstrengungen der Industrie machbar, hatte das alte Umweltministerium 2010 noch vor seiner Auflösung beschwichtigt. Lediglich der dramatische Anstieg an Emissionen durch den Straßenverkehr bereite gewisse Sorgen. Das neue Umweltministerium hingegen lud Anfang 2011 zu einem gemeinsamen Seminar mit inländischen Umweltschutzorganisationen und Umweltexperten aus Deutschland, in denen von diesen heftige Kritik am Fehlen nationaler Maßnahmen gegen die rasch ansteigende Ruß- und Feinstaubbelastung (hauptsächlich aus dem Verkehr) geäußert wurde. Offensichtlich ist das neue Ministerium also sehr offen für kritische Denkanstöße gerade auch aus Deutschland.

DEUTSCHE FIRMEN UND INTERESSEGRUPPEN ALS VORREITER

Insbesondere Initiativen zur Förderung alternativer Energiequellen kommen trotz langsamer legislativer Anpassungen an EU-Vorgaben bezeichnenderweise viel eher von ausländischen Firmen, insbesondere aus Deutschland und Österreich, sowie von deren Interessenvertretungen und den Auslandskammern dieser beiden Länder. Vor allem die Deutsch-Slowakische Industrie- und Handelskammer DSIHK, aber auch die Slowakisch-Österreichische Handelskammer und die Außenhandelsstelle der österreichischen Botschaft haben in den vergangenen Jahren eine Serie von

Veranstaltungen zum Thema Erneuerbare Energien organisiert und intensives Lobbying gegenüber der alten wie auch der neuen Regierung betrieben.

Hinter diesem Engagement steht auch das große Interesse deutscher und österreichischer Firmen am noch wenig entwickelten slowakischen Markt für Alternativenenergien, Wärmedämmung und Energiespar-Innovationen. Unternehmen aus Deutschland und Österreich bzw. ihre slowakischen Tochterfirmen sind in diesem Bereich auf dem slowakischen Markt sowohl den einheimischen Konkurrenten als auch jenen aus anderen EU-Ländern deutlich überlegen und profitieren daher auch am meisten davon, wenn die Slowakei den Sektor weiter ausbaut.

Gerade bei der Solarenergie, aber auch bei der Windkraft und bei anderen alternativen Energiequellen sind die für die Verwaltung des nationalen Stromnetzes verantwortliche Regulierungsbehörde SEPS und auch die Regierung selbst zuletzt wieder auf die Bremse gestiegen. (Zunächst die alte Regierung – aber auch die neue dürfte deren Linie in diesem Bereich fortsetzen.) 2010 wurden erst im Jahr zuvor gesetzlich verankerte Förderungsmaßnahmen zugunsten des

Ziels, bis 2020 den Anteil Erneuerbarer Energie von bisher weniger als sieben auf 14 Prozent zu erhöhen, wieder drastisch reduziert. Angesichts der Erfahrungen im Nachbarland Tschechien mit einem wahren Boom der Solarenergie befürchten nämlich die slowakischen Behörden auch in der Slowakei einen zu raschen und zu intensiven Ausbau. Die staatlichen Abnahmegarantien für Alternativenenergieen hätten auf diese Weise die Strompreise zu stark in die Höhe treiben und zugleich die Stabilität des Stromnetzes technisch überfordern können (vor allem durch die wetterbedingt stark schwankende Strom-Einspeisung).

Zusammengefasst kann gesagt werden, daß der Umweltschutz und besonders der Klimaschutz in der Slowakei bis heute nur eine marginale Rolle spielen. Das Bewusstsein für die Notwendigkeit nationaler als auch internationaler Umweltschutzmaßnahmen ist noch unterentwickelt. Besserung ist lediglich durch von der EU beschlossene Umweltverordnungen bzw. -maßnahmen in Sicht. Eine Weiterentwicklung des Umweltbewusstseins der Bevölkerung durch Kindergarten und Schule kann bislang noch nicht beobachtet werden.

UKRAINE

Nico Lange

Das Thema des Klimawandels nimmt in den politischen und gesellschaftlichen Debatten in der Ukraine auch im Jahr 2011 noch eine sehr randständige Position ein. Es ist Bestandteil weder der wesentlichen öffentlichen Diskussionen noch des Arbeitsprogramms der aktuellen Regierung, der geltenden Koalitionsvereinbarung oder der Parteiprogramme der bedeutendsten politischen Parteien des Landes.

Das Umweltbewusstsein bleibt in der Ukraine weiterhin nur schwach entwickelt. Das von Schwerindustrie, chemischen Anlagen und Atomenergie geprägte Wirtschaftssystem wird noch immer durch ein Verständnis des unbedingten technischen Fortschrittes und der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen geprägt. Zwar äußern sich in Umfragen fast zwei Drittel der Ukrainer besorgt über die Folgen der globalen Erwärmung, stufen die Dringlichkeit dieses Problems jedoch sehr niedrig ein. Das Problem solle nach Auffassung der Ukrainer erst gelöst werden, wenn es tatsächlich auftritt. Die Berichterstattung

zum Problemfeld des Klimawandels in den ukrainischen Medien erfolgt sporadisch und oberflächlich, meist lediglich im Zusammenhang mit Berichten über Naturkatastrophen.

Im Jahr 1990 nahm die Ukraine den zehnten Platz in der Liste der größten Treibhausgas-Emittenten der Welt ein, hinter den USA, Japan, Deutschland, Kanada und anderen hochindustrialisierten Ländern. Bereits 1992 schloss sich die Ukraine der UNO-Rahmenkonvention zum Klimawandel an, die allerdings erst 1996 vom ukrainischen Parlament ratifiziert wurde. Im Rahmen des Kyoto-Protokolls gelten die Emissionen des Jahres 1990 für die Ukraine als Maßstab. Aufgrund des enormen Niedergangs der ukrainischen Industrie seit den neunziger Jahren bleiben die aktuellen Schadstoffausstöße weit unterhalb dieser Werte und es besteht kein Handlungsbedarf zur Reduzierung der Emissionen. Es entsteht das Paradox, dass die bestehenden ukrainischen Industrieanlagen nach vollkommen veralteten Umweltstandards arbeiten, gewaltige Luftverschmutzungen verursachen und in großem Umfang Treibhausgase ausstoßen, die Ukraine